

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 2

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIESSEITS UND JENSEITS VON MARX

«Leben trotz Geschichte, Lesebuch», also was man neuerdings deutsch einen «reader» nennt; in dieser leicht zugänglichen Form ist Thematik, Denkmethode, Stil und auch, mit einem Beispiel, die Fabulierlust voltairianischer Art des Trägers des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1977 Leszek Kolakowski von Leonhard Reinisch vorzüglich dokumentiert und vorgestellt worden.

In den fünfziger Jahren galt der junge Warschauer Philosophieprofessor als bedeutender Vertreter des «Revisionismus», der den Marxismus vom Instrumentcharakter einer Rechtfertigung von Autoritäten lösen und zur unabhängigen Methode der Erkenntnis zurückführen wollte. Das war zugleich Rückkehr von einer gefrorenen Ideologie zu einem lebendigen Marx und ein Weitergehen über Marx hinaus im Hinblick auf Fragen, die sich – nicht zuletzt weil Marx gelebt hat – heute anders stellen. Revisionismus, das hiess nicht Wiederherstellung der reinen Lehre, sondern auch die Bereitschaft, zu Einsichten vorzudringen, für die sich bei Marx keine Theorie oder Vorwegnahmen finden, und sogar seine zentralen Theorien wie diejenige des Mehrwerts in Frage zu stellen. Eduard Bernstein bleibt das Vorbild eines solchen Revisionismus. Da Karl Marx die Unabhängigkeit des Denkens praktiziert und betont hat und gern Dante zitierte: «Geh deinen Weg und lass die

Leute reden», durften die Revisionisten sagen, dass sie in Marx' Geist wirkten, auch wenn sie sich von seinen Thesen entfernten. Das Vorbild Marx, das Lehrgebäude Marxismus konnten getrennt werden.

Sowohl die Texte des «Lesebuchs» wie die Geschichte des Marxismus, von der jetzt der erste Band vorliegt (Die Hauptströmungen des Marxismus, Entstehung, Entwicklung, Zerfall, Piper, München), gehen aber weit über solchen Revisionismus hinaus. Das bei Kohlhammer erschienene Buch Gesine Schwans, der Laudatorin des Preisträgers in Frankfurt, könnte den vom Verlag gewählten Untertitel «Eine marxistische Theorie der Freiheit» ablegen, denn es handelt sich längst – so hatte es auch die Verfasserin gesehen – um eine «Theorie der Freiheit nach Marx». In diesem «nach» steckt nicht nur ein Weitergehen, sondern auch eine Rückbesinnung auf vorgeblich Abgetanes, wie das Verhältnis zwischen *ratio* und Mythos. Das umfangreichste Werk Kolakowskis vor dem Buch über Marxismus – vor zehn Jahren französisch, bisher nicht deutsch erschienen – «Christen ohne Kirche» hatte es mit Theologen und Mystikern des 17. Jahrhunderts zu tun, mit dem Verhältnis zwischen Glauben und Institutionen, zugleich mit der Aktualität von Problemen, die erstmals in theologischer Form bewusst geworden sind. Da sich vieles, was der Marxismus in seinem

Selbstverständnis für wissenschaftlich hält, ins Theologische transponieren lässt und umgekehrt theologisch gefasste Fragen wie jene von Gnade und Gerechtigkeit sich auch innerweltlich stellen – zum Beispiel als Gegensatz zwischen Freiheit und Gleichheit –, geht es nicht um das Übertragen aus einer Terminologie in die andere, sondern um die grössere Komplexität der Einsichten.

Angesichts der unüberwindbaren Präsenz des Übels findet Kolakowski die christliche der marxistischen Tradition an Erkenntniswert überlegen; er selber hält sich jenseits der Dialektik, des Historismus, des Materialismus – also der drei Schlüsselbegriffe des Marxismus. Daher ist der Leser von «Leben trotz Geschichte» nicht verblüfft, wenn ein Werk über Marxismus mit Plotin, Meister Eckhart, Cusanus, Jacob Boehme, Angelus Silesius beginnt, bevor wie erwartet Rousseau, Kant, Fichte, Hegel auftreten.

Dabei sind die Abschnitte des «Lehrbuchs» – ein solches hat der Autor beabsichtigt – über die frühen Phasen von Marx' Denken, über die Bewegungskräfte und Geschichtsprozesse und noch vieles andere so objektiv, dass auch Marxisten sie annehmbar finden werden. In weiten Teilen dieses ersten Bandes werden marxistische Leser nicht «Glaubensanfechtungen» ausgesetzt, in welchem Wort allerdings die Zwielfichtigkeit oder Ambivalenz des Marxismus als wissenschaftliche Methode und als aktivistischer Glaube deutlich wird. Es mag überraschen, wenn Kolakowski feststellt, dass es unmöglich sei, Marx einen Materialisten zu nennen, und sogar für Engels diese Definition nicht durchaus zutreffend findet. Seine Kritik an Engels' Natur-

dialektik wird niemanden schockieren – denn darüber, dass diese «Weiterung» des Marxismus aufzugeben ist, dürfte Konsens bestehen. Immerhin trägt Engels – so meint Kolakowski – eine Mitverantwortung an der Unterwerfung der Naturwissenschaften unter philosophische Dogmen, wie sie in der Sowjetunion folgeschwer stattfand, denn Engels hat für die Philosophie eine Kontrollfunktion gegenüber den «banalen» Erfahrungen des Empirismus beansprucht. Kolakowskis eigene zentrale These ist die von der Vielheit der Motive im Denken von Marx. Nur scheinbar bilden diese Motive eine kohärente Einheit. Die philosophischen, politischen, ökonomischen Einsichten haben jeweils verschiedene Wurzeln. Hier bringt Kolakowski seine eigene Überzeugung zur Geltung von der Mehrzahl der Werte, zwischen denen keine prästabilisierte noch sonstige Harmonie besteht, sondern nur Konflikte und Kompromisse stattfinden.

Bei Marx handle es sich vor allem um drei Hauptmotive: das romantische, das prometheische, das aufklärerische. Romantisch ist der Traum von der vollkommenen menschlichen Einheit, von der überwundenen Entfremdung durch eine solidarische Gemeinschaft, die nach der durch Interessen gespaltenen Gesellschaft kommen muss. In ihr wird Vermittlung zwischen dem Einzelnen und der Gattung unnötig. Zugleich aber ist bei Marx auch der Gegenpol zu jener Utopie zu finden. Es gibt für ihn, anders als für die Romantiker, keine Nostalgie, keine Rückkehr zu einer verlorenen Einheit von früher, nur ein Vorwärts.

Zum Prometheismus gehört die Weigerung, die natürlichen Bedingungen und Begrenztheiten der menschlichen

Existenz zur Kenntnis zu nehmen: Krankheit, Tod, alle fundamentalen Grenzen des Menschen und damit auch des Machbaren werden von Marx ignoriert. Das Böse, das Leid haben bei ihm kein eigenes Gewicht und gehen ganz in den gesellschaftlichen Fakten auf, sind jeweils nur Hebel künftiger Emanzipation. Alles Biologische gilt als gesellschaftlich bestimmt, weshalb es für Marx keine absolute Übervölkerung geben konnte, sondern nur eine durch den Kapitalismus bestimmte, also relative. Kolakowski sieht die Utopie bei Marx nicht in seiner Vision der Zukunft, sondern im Weglassen und Ignorieren alles Störenden: Körper, Geschlecht, Aggression, Geographie. Und was nicht weggelassen wird, wird ins rein Gesellschaftliche umgedeutet.

Zum romantischen und prometheischen kommt als Drittes das aufklärerische rationalistische Motiv. Wenn einmal Gesetze des gesellschaftlichen Handelns erkannt sind, so können sie auch überwunden werden – das ist ein Glaube an die Allmacht der wissenschaftlichen Erkenntnis, wobei der Unterschied zwischen «Sein» und «Sollen» und derjenige zwischen Notwendigkeit und Freiheit verschwinde, das heisst: geleugnet werde. Es seien nicht mehr unlösbare oder lösbare Probleme, sondern nur noch Scheinprobleme «irrelevante» Fragen.

Im letzten Abschnitt analysiert Kolakowski, in welchem Sinn der Marxismus als Quelle des Leninismus gelten müsse, obgleich der despotische Sozialismus gewiss nicht der Vorstellung von Marx entsprach. Es gibt aber eine in-

nere Logik der Lehre, die an dieser Verkörperung, dieser Interpretation nicht unschuldig ist. Ausgeschaltet wird nämlich die «negative Freiheit», wie sie jede Konfliktgesellschaft voraussetzt, und die angeblich unnötig wird, wenn die «Aufhebung» dieser Gesellschaft eintritt.

Das sind sehr verkürzte Hinweise auf einen seinerseits schon schroff verkürzten Schluss, der gewiss in den beiden folgenden Bänden noch ausführlich begründet werden dürfte. Schon jetzt erkennen wir, dass Kolakowski mit Ernst Bloch überhaupt nichts gemein hat, mit dem er manchmal zusammen genannt wird. Der utopische Glaube an eine kommende Überwindung von Begrenztheiten und von Konflikten ist für Kolakowski nicht Hoffnung, sondern Schrecken; er kann sich nur totalitär verwirklichen, oder vielmehr scheinverwirklichen.

In der künstlichen Vereinheitlichung der voneinander unabhängigen «pluralistischen» Triebkräfte des Denkens von Karl Marx liegt also für Kolakowski das Vorbild aller jener gewaltsamen Vereinheitlichungen, die theoretisch unzulässig sind und praktisch katastrophale Folgen haben.

Die Praxis, die sich auf den Marxismus beruft, mag von der nie ganz eindeutig fassbaren Theorie jeweils abweichen. Es hindert nicht, dass diese Praxis die Theorie kompromittiert und sie nach einem viel – allerdings nicht von Kolakowski – verwendeten Ausdruck, «zur Kenntlichkeit verändert».

François Bondy

«INTELLIGENTER LIBERALISMUS» UND NEUE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

Wer in der Europäischen Gemeinschaft heute von Liberalismus im Welthandel redet, kommt nicht mehr ohne schmückendes Beiwort aus. Frankreichs Premierminister Raymond Barre, ehemaliger Vizepräsident der Brüsseler EG-Kommission, propagiert im Auftrag Präsident Giscard eine «organisierte Freiheit des Handels», und Wilhelm Haferkamp, heute als Vizepräsident der EG-Kommission für Aussenbeziehungen zuständig, tritt für «intelligenten Liberalismus» ein. Für Anhänger des reinen «laissez-faire» ist «organisierter Liberalismus» ein Widerspruch in sich selbst, und eine Erwähnung seiner «Intelligenz» hat der Liberalismus nicht nötig – handelt es sich also bei den beiden Formeln um versteckten Protektionismus? Nun fehlt es innerhalb wie ausserhalb der EG nicht an Verdammungsurteilen gegen den Protektionismus. In der OECD erneuern die Industrieländer alljährlich ihren «trade pledge» – das Versprechen, keine neuen Handelshemmnisse aufzurichten. Allerdings, so wurde dieses Jahr beigefügt, machten «strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft» rechtzeitige Konsultationen über Problemsektoren nötig. Solche Konsultationen – im Sinne einer Lenkung der Handelsströme – sind in der OECD auf den Gebieten Stahl und Schiffbau im Gang. Auch bei den Bemühungen um eine weitere Liberalisierung des Welthandels – Tokio-Runde im GATT – müsse auf die «Strukturveränderungen» Rücksicht genommen werden, hielt dieses Frühjahr der «Wirtschaftsgipfel der Grossen Sieben» in London fest – als Konzession an Frank-

reichs «organisierten Liberalismus». Ein lupenreines «Bekenntnis zu einer liberalen Welthandelspolitik» legten nur noch die EFTA-Länder bei ihrem Wiener Gipfel im Mai ab.

Sündenfälle nach den goldenen Jahren

In der Praxis mehren sich kleinere und grössere Sündenfälle wider die diversen Bekenntnisse – selbst von EFTA-Staaten: Österreich nimmt früher gemachte Zollkonzessionen wieder zurück, Schweden beschränkt die Schuhimporte mit dem Argument, die Glaubwürdigkeit der Neutralität erfordere eine eigene Schuhfabrikation, und selbst die erliberale Schweiz meldet bei der EG Bedenken an, allzu billiger italienischer Betonstahl könnte die einheimischen Hersteller gefährden. Weltweit liesse sich die Liste beliebig erweitern: die EG zieht die Notbremse bei Textilimporten aus Entwicklungsländern, die USA beschränken die Einfuhr von Edelstahl, und alle beide drängen japanische Exporteure zu «ordentlichem Marktverhalten», lies Selbstbeschränkung. Trotz allem ist es aber bisher nicht zu einer protektionistischen Kettenreaktion gekommen – der Schrecken, den eine solche Reaktion in den dreissiger Jahren auslöste, wirkt bis heute nach. Den Handelspolitikern beidseits des Atlantiks ist es bis jetzt gelungen, den Druck protektionistischer Wirtschaftskreise in Schranken zu halten – der US-Regierung in Gerichtsverfahren, der EG-Kommission in den Brüsseler Beratungen mit den Mitgliedregierungen.

Auch wenn «Protektionismus» ein Schimpfwort bleibt – die goldenen sechziger Jahre, wo der Liberalismus eine Selbstverständlichkeit war, sind vorbei. Da wurden die Zollschränken in der Kennedy-Runde weltweit gesenkt und in EG und EFTA ganz beseitigt. Die Liberalisierung verhalf dem Welthandel zu zweistelligen Wachstumsraten, und die stetige Vergrößerung des Kuchens – «gebacken» aus billigen Rohstoffen – ermöglichte es, trotz der verschärften Konkurrenz alle Beteiligten zu befriedigen. Beteiligt an dem Handelsaufschwung waren vor allem die Industrieländer – sie bestätigten die liberale These, dass fortschreitende Arbeitsteilung den allgemeinen Wohlstand mehrt. Nach dem Motto «trade is aid» sollte dieser Prozess auf die Entwicklungsländer ausgedehnt werden – zur Erleichterung des Einstiegs erhielten sie ab 1971 «allgemeine Zollpräferenzen» bei der Ausfuhr nach Industrieländern.

Textilindustrie als Paradebeispiel

In den siebziger Jahren schlug jedoch die Wachstumseuphorie in Sorge über die Inflation um – und ausgerechnet jetzt begannen die Entwicklungsländer, mit dem «Handel» ernst zu machen. Unentbehrliche Rohstoffe, vor allem das Erdöl, wurden sprunghaft teurer, und bei Industrieprodukten setzte massiv eine billige Konkurrenz ein. Nehmen wir als Beispiel den Textilhandel der EG: von 1973 bis 1976 stieg das Importvolumen um 80 Prozent, die EG wurde vom Nettoexporteur zu einem Importgebiet, das nur noch drei Viertel seiner Ein- durch Ausfuhren deckt. Im Textilhandel mit andern Industrielän-

dern erzielt die EG weiterhin einen Überschuss; ihr Defizit «verdankt» sie Entwicklungsländern, die praktisch keine EG-Textilien importieren. Die Hälfte dieses Defizites ist «made in Hong-Kong», ein weiterer Drittel entfällt auf Taiwan, Indien und Südkorea. In der EG-Textilindustrie sind innert drei Jahren 500000 von 4 Millionen Arbeitsplätzen verlorengegangen – allerdings nicht nur wegen der Einfuhrwelle, sondern auch wegen Rationalisierung. Die Rationalisierung wiederum ist notwendig, wenn die EG-Textilindustrie konkurrenzfähig bleiben soll. Industrie wie Gewerkschaften wehren sich dagegen, «den Entwicklungsländern geopfert zu werden» – sie argumentieren gerade, die Textilindustrie zähle heute zu den kapitalintensiven Branchen. Offenbar ist es aber doch so, dass arbeitsintensive – und daher in den Entwicklungsländern billigere – Verfahren erfolgreich mit höhergezüchteter Technik konkurrieren können. Die europäische Textilindustrie wird – will sie nicht auf dauernden Importschutz angewiesen sein – nicht um eine Konzentration auf jene Produkte und Verfahren herumkommen, bei denen sich der Einsatz von Personal mit «europäischen» Qualifikationen und Löhnen bezahlt macht. Diese Umstellung auf veränderte Konkurrenzverhältnisse ist aber gar nicht mehr möglich, wenn sich der Liberalismus so explosionsartig auswirkt wie in den letzten Jahren. Dabei gibt es seit 1974 ein Steuerungsinstrument: das Welttextilabkommen (WTA), das eine Begrenzung des Importzuwachses auf jährlich 6 Prozent ermöglicht. Entsprechende Abmachungen müssen mit jedem einzelnen Lieferland getroffen werden. Nachdem die EG – im Gegensatz zu den USA – zunächst mit solchen Ab-

kommen sehr zurückhaltend war, will sie nun das WTA besonders strikt anwenden: die 6 Prozent Zuwachs sollen nur als Durchschnitt gelten, die Grosslieferanten sollen sich bei bestimmten Textilien stärker einschränken – zugunsten der EG-Industrie wie auch der Entwicklungsländer, die neu auf den Textilmarkt getreten sind. Hinter dem Schutz einer komplizierten, aber doch auf Erweiterung des Handels gerichteten Importbewirtschaftung soll die EG-Industrie Zeit – und Hilfe – zur Anpassung erhalten.

In neue Strukturen hineinwachsen

Die Textilindustrie ist ein extremes Beispiel dafür, wieviel Intelligenz aufgewendet werden muss, um den Liberalismus einigermassen zu bewahren. Das Rezept, einen Teil der Arbeitsplätze allmählich zu opfern, um den Rest international konkurrenzfähig zu erhalten, will die EG-Kommission auch auf andere Problembranchen – Stahl, Schiffbau – anwenden. Eine solche Politik ist natürlich nur dann sozial tragbar, wenn anderweitig neue Arbeitsplätze entstehen – schliesslich gibt es in der EG bereits sechs Millionen Arbeitslose. Zum Teil können auch «Strukturanpassungen» Arbeitsplätze schaffen, so Investitionen für rationellere Nutzung von Energie und Rohstoffen (Gebäudeisolation, Abfallaufbereitung). Eine Chance aber, die Arbeitslosigkeit auch nur am Steigen zu hindern, sehen die EG-Experten nur in starkem allgemeinem Wirtschaftswachstum. Allen EG-Ländern – und nicht mehr nur den stabilen wie Deutschland und Holland – wird nun expansive Wirtschaftspolitik empfohlen, soweit irgendwie mit der Inflationsbekämpfung vereinbar.

Da im Aufschwung zunächst die Importe schneller zu wachsen pflegen als die Exporte, nimmt die EG mit ihrem Expansionskurs ein neues Zahlungsbilanzdefizit in Kauf. Es war ihr «dank» der Rezession gelungen, überraschend schnell nach dem «Ölschock» wieder ins Gleichgewicht zu kommen – das Defizit, das dem anhaltenden Überschuss der Ölländer entspricht, entstand bei andern Industrie- und den Entwicklungsländern. Nun ist die EG geneigt, US-Präsident Jimmy Carters Aufforderung nachzukommen, das Defizit mitzutragen – allerdings nicht Carters blauen Augen, sondern dem Wachstum zuliebe (wie sich ja auch der grosse amerikanische Anteil an dem Defizit nicht durch Selbstlosigkeit, sondern durch Öldurst erklärt). Nach Ansicht der EG-Kommission würde die Duldung eines Defizits dazu beitragen, den protektionistischen Druck zu mildern – bei den andern Industrieländern, weil sie mehr in die EG exportieren könnten, und in der EG selber dank dem Wirtschaftswachstum, das mit dem Defizit einhergehen soll.

Mit einer ähnlichen Analyse gelangt der französische Ökonom Pierre Uri, einer der Autoren der Römer EG-Verträge, zu etwas anderen Schlüssen (in «Le Monde» vom 23. September). Nach seiner Ansicht ist ein Land protektionistisch, das – auch ohne formale Handelshemmnisse – durch restriktive Wirtschaftspolitik seine Einfuhren drosselt. Belebt man aber die Nachfrage, so sollte man laut Uri das Recht haben, die Importflut unter Kontrolle zu halten – sie wäre auch dann noch grösser als im ersten Fall. Besonders gerechtfertigt wären nach seiner Meinung Massnahmen gegen multinationale Firmen, die mit der Kombination moder-

ner Technik und niedriger Löhne von gewissen Ländern aus «unlauteren Wettbewerb» treiben. Das heisst nun nicht, dass Uri gegen die Industrialisierung der Entwicklungsländer wäre – nur sollte sie diesen auch sozialen Fortschritt (das heisst auch höhere Löhne) bringen. Finanziert würde die Entwicklung aus den Überschüssen der Ölländer; die Industriestaaten müssten für entsprechende Darlehen Bürgschaft leisten, dafür könnten sie Ausrüstungsgüter in die Entwicklungsländer liefern. Was damit produziert wird, müssten die Industrieländer dann allmählich – aber eben: allmählich – zum Import zulassen. Einen ähnlichen Vorschlag zur «Rückführung» der Erdöldollars via Entwicklungsländer – sogar auf Zinskosten der Industriestaaten – machte auch schon die «Trilateral Commission» – (jener Studienzirkel des amerikanisch-europäisch-japanischen «Establishments», der neuerdings gelegentlich als «heimliche Weltregierung» apostrophiert wird – wie Figura zeigt, zumindest verfrüht).

Was bleibt für die Industrieländer?

Was bleibt für die heutigen Industrieländer an Arbeit übrig, wenn auch die Entwicklungsländer in die industrielle Arbeitsteilung einbezogen werden? Die Vorstellungen darüber gehen weit auseinander – von einer postindustriellen Gesellschaft der Organisatoren und Erfinder bis zu einer Rückbesinnung auf direkt produktive Tätigkeit, dank Aufwertung der manuellen Arbeit. Jedenfalls ist kaum zu befürchten, dass die Entwicklungsländer eine Branche nach der andern «erobern», bis die heutigen Industrieländer nirgends mehr konkurrenzfähig sind. Schliesslich erfolgt ja

der «Technologie-Transfer» in Form von Ausrüstungen und technischem Wissen nicht gratis, und langfristig dürfte sich weltweit das Gesetz auswirken, dass sich die Löhne nach der Produktivität richten. Liefern in der «Zwischenzeit» – die mehrere Generationen lang sein kann – die Entwicklungsländer «zu billig», so ist das wohl für die Industrieländer als Konkurrenten ein Nachteil, aber als Konsumenten ein Vorteil (der ihnen sogar den Vorwurf erneuter Ausbeutung eintragen kann).

Die «strukturellen Veränderungen der Weltwirtschaft» zeichnen sich in einem solchen Ausmass und mit solcher Sprunghaftigkeit ab, dass der Liberalismus nicht ohne eine gehörige Dosis «Intelligenz» oder «Organisation» auskommen wird. Die Ansprüche, die an eine neue, vom «laissez-faire» abweichende Weltwirtschaftsordnung gestellt werden, sind allerdings widersprüchlich. Übertreiben die Entwicklungsländer ihre Forderung nach gestützten Rohstoffpreisen und verbilligtem Technologie-Transfer, so laufen sie Gefahr, die angestrebte neue Arbeitsteilung planwirtschaftlich zu ersticken. Machen anderseits die Industrieländer ein allzu grosses Schutzbedürfnis geltend, so setzen sie sich dem Vorwurf aus, zur Wandlung gar nicht willens oder fähig zu sein. Das würde bedeuten, dass die westliche Wirtschaft auf ein koloniales Verhältnis zu den Entwicklungsländern angewiesen wäre – zu Klienten, die Industrieprodukte mit billigen Rohstoffen überbezahlen müssen, da sie sie nicht selber herstellen können. Man kann versuchen, Reste dieses Systems möglichst lange aufrechtzuerhalten – verewigen wird man es nicht können. Die Herausforderung an

die Intelligenz des Liberalismus ist vielmehr, die Entwicklungsländer zu «partners and competitors» heranwachsen zu lassen – und natürlich auch, ein Ver-

hältnis gesunder Konkurrenz zwischen den heutigen Industrieländern aufrechtzuerhalten.

Daniel Goldstein

DIE STEINE VON JERUSALEM

Grabungen in der Altstadt

Die Entscheidung der israelischen Wissenschaftler, in der durch den Krieg von 1948 zerstörten Altstadt von Jerusalem archäologische Grabungen zu unternehmen, fiel bald nach der Eroberung, am Ende des Sechstagekrieges vom Jahre 1968. Sie waren eigentlich nur für wenige Monate angesetzt, haben aber seitdem weitere Ausmasse angenommen und gehen seit etwa neun Jahren vor sich. Sie erstrecken sich in intensiver Weise auf das verfallene jüdische Stadtviertel und auf den daran anschliessenden Garten des armenischen Klosters.

Sporadische Forschungen auf diesem Boden gibt es bereits seit einem Jahrhundert, doch da die Stadt in späteren Generationen dicht überbaut wurde, konnte verhältnismässig wenig ermittelt werden. Die Siedler verwendeten die alten Bausteine und andere Fragmente für ihre eigenen Bauten, so dass die Forscher nun eine verwirrende Mischung von Bauschichten vorfanden. Immerhin waren die Auswertungen der früheren Ausgräber wie des englischen Archäologen Charles Warren anfangs von grosser Hilfe, wenn seine Befunde auch im Laufe der Arbeiten durch neue Tatsachen überholt worden sind.

Diese Ausgrabungen haben weltweite Bedeutung, weil Jerusalem eine drei Religionen heilige Stadt ist. Die gegen-

wärtige Forschung konzentriert sich auf die Region um den Berg Moriah, den Tempelberg, zu allen Zeiten der Brennpunkt in der Geschichte Jerusalems.

Zum erstenmal wird jetzt die dramatische und lange Geschichte dieser Stadt in wissenschaftlicher Weise erforscht und zusammengefügt. Dabei ergab sich, dass das Bild, das sich die Wissenschaft und die Welt überhaupt vom antiken Jerusalem machen, durch viele der erhaltenen Funde grundlegend verändert wird, wenn es auch wesentlich die vielen topografischen Erwähnungen sowohl des Alten und Neuen Testaments und anderer heiliger Schriften sowie Beschreibungen des römisch-jüdischen Historikers Josephus Flavius und anderer Schriftsteller bestätigt. Es ergaben sich bisher 25 klar feststellbare Besiedlungsschichten, die vom 8. bis 7. Jahrhundert v. Chr. bis zur türkischen Zeit des 16. Jahrhunderts reichen. Die wichtigsten Zeugnisse betreffen die herodianische, die frühchristliche sowie die islamische Epoche.

So wurden ausser den obengenannten Texten auch Beschreibungen wie die des Rabbi Gamliel und anderer Weisen aus den ersten Jahrhunderten zu Rate gezogen; sie beschreiben die grossen Treppen, die vom Berge Ophel zum Tempel führten. Auch im Johannes-Evangelium findet sich eine Aussa-

ge, nach welcher der Tempel in der Zeit von 46 Jahren gebaut wurde. Dies bestätigt die Annahme der Forscher, dass Herodes der Grosse den Tempelbau weder begann noch beendete.

Im Laufe der Jahrhunderte wurden die Mauern wiederholt durch den Feind zerstört, und nach dem Wiederaufbau verliefen sie oft wesentlich anders. So wurde aus der Schicht der Makkabäerherrschaft ein Wachturm lokalisiert, der über einer Bastion aus dem 8. bis 7. Jahrhundert errichtet worden war. In einer Tiefe von 15 Metern fand man im Boden des jüdischen Stadtviertels weitere Spuren der babylonischen Eroberung, wie vier Speerspitzen und versengte Holzreste. Aus dieser fernen Zeit stammen auch andere Dinge, wie die damals üblichen grossen Tonkrüge, in denen Wein, Olivenöl und Korn aufbewahrt wurde. Die Henkel trugen die handelsmässigen Siegel «Für den König». Beim Bau des zweiten Tempels wurden die damals noch bestehenden Baureste des Berges Ophel abgetragen.

Die Stadt des Jahres 1 war für die Aufnahme von vielen tausenden Pilgern während dreier Feste im Jahre berechnet. So erhielt der Tempelberg starke Umfassungsmauern und eine 64 m breite Freitreppe. Man hatte sie bisher für den Teil einer Brücke gehalten, die die Oberstadt mit dem Tempelberg verband. Man fand auch die Reste der königlichen Säulenhalle, der sogenannten «Stoa», die einst die Südmauer des Tempelberges umzogen hatte. Josephus Flavius nannte das Bauwerk der «Stoa» «bemerkenswerter als alles unter der Sonne». In einen Stein gemeisselt entdeckte man die Inschrift: «Lebait Hatekiya» (Zum Platz der Posaunen). Dieser Stein war ursprünglich ein Teil der Brüstung des Tempelberges,

von der herab ein Priester mit einem schrillen Posaunenton den Sabbat einleitete. Unter dem grossen Doppeltor, dessen Reste die Forscher freilegten, lag ein in den Fels gehauener Tunnel, durch den die Priester wahrscheinlich zum Tempel gelangten.

Ein prächtiger zweistöckiger Palast südlich vom Tempelberg war vielleicht der Besitz der Königin Helene von Adiabene, einem autonomen Staat im damaligen babylonischen Reich. Königin Helene war mit ihren Söhnen zum Judentum übergetreten und lebte in Jerusalem. Sie widmete ihr Leben guten Werken und starb im Jahre 56 n. Chr. Man kennt in Jerusalem noch heute das prächtige, in Stein gehauene Grabgewölbe ihrer Familie.

Im jüdischen Teil der Stadt fand man meistens Wohngebäude. Hier lagen die Häuser der Edelleute und Priester, deren Stil und Inneneinrichtung einerseits Einflüsse hellenistischer Pracht, andererseits Spuren religiöser Strenge vertragen, nach der keine Abbildung von Menschen und Tieren gestattet war. Dies ist ersichtlich auf Mosaikböden und Fresken, die teils abstrakte geometrische oder botanische Muster tragen. Daneben entdeckte man auch feine Tischgeräte, grosse Amphoren mit lateinischen Aufschriften, die wahrscheinlich aus Italien eingeführte Weine enthielten, Münzen und Tongefässe, Steingewichte mit griechischer Inschrift, Schalen und grosse, bis zu 80 Litern fassende Krüge. Diese waren aus dem schwarzen Stein hergestellt, den man in der Wüstengegend von Jericho fand.

Überall waren gleichzeitig auch die Spuren der furchtbaren Verwüstung sichtbar, die die Römer im Jahre 70 n. Chr. hinterlassen hatten: gefallene Mauern, Aschenreste, Pfeilspitzen und

auf dem Boden einer Küche der Arm einer jungen Frau, die nicht beizeiten fliehen konnte. Die späteren Erbauer der «Aelia Capitolina» liessen die Ruinen unberührt liegen und überbauten sie mit neuen Konstruktionen. Aus dieser Epoche stammen Bronzefigurinen, Marmorstatuen, Siegel und die damals üblichen Tonlampen.

Die Spuren von Byzanz

Neuere Grabungen gelten auch der byzantinischen Epoche, in der eine blühende Zeit des Aufbaus einsetzte. Die Hauptstrasse der damaligen Stadt war der sogenannte «Cardo», eine 22,5 Meter breite Avenue, von Bogenmäulen umsäumt. Bisher wusste man von diesem Cardo nur durch den ältesten Plan Jerusalems, einem Mosaikfußboden, der in Madaba in Jordanien entdeckt worden ist. Man nimmt an, dass er aus dem 4.–6. Jahrhundert stammt, aber der ursprüngliche Cardo scheint durch Kaiser Hadrian nach der Bar-Kochba-Rebellion im 2. Jahrhundert errichtet worden zu sein. Auch eine grosse Kirche, bekannt unter dem Namen «Nea», unter Kaiser Justinian im 6. Jahrhundert errichtet, wurde im einstigen jüdischen Viertel ausgegraben. Unter dieser Kirche fand man weitläufige unterirdische Gewölbe, die zu jener Zeit als Wasserreservoir dienten und gleichzeitig die oberen Bauten stützten.

Die vielen verhältnismässig gut erhaltenen Baureste am Fusse des Tempelberges deuten auf eine zahlreiche und wohlhabende christliche Bevölkerung hin, die grösseren Wert auf die Innengestaltung der Wohnräume als auf die äussere Ausführung legte. Die Stadt

wurde im Jahre 614 n. Chr. zerstört, eine Folge des persischen Eroberungszuges; in den Ruinen fand man noch gut erhaltene Haushaltsgeräte, Schalen, Lampen und Krüge, sogar Reste von Lebensmitteln wie Linsen, Weizen, Gerste, Oliven und Datteln.

Es folgte die Besiedlung unter den omajjadischen Kalifen; namentlich wurde eine Palastruine entdeckt. Der Bau ähnelt in seiner Form den anderen in Syrien und Jordanien entdeckten Omajjaden-Palästen: ein weiter Innenhof mit Toren zu den ihn umgebenden Gebäuden. Von dem kürzlich in Jerusalem gefundenen Palast war bisher sogar der islamischen Gemeinde nichts bekannt.

Die rege Bautätigkeit wurde durch ein schweres Erdbeben unterbrochen, ebenfalls auch durch den Fall der Omajjaden. Nun setzte ein allmählicher Verfall ein, bis im 12. Jahrhundert die Kreuzritter die Stadt einnahmen.

Die Mauern Sulimans

Neue Stadtmauern wurden nun errichtet, die ein wenig anders und enger um den antiken Stadtbereich verliefen. Die Region südlich des Tempelberges blieb auf diese Weise ausserhalb der Mauer, und dies blieb auch während der späteren Mamelukenzeit bestehen. Das Ackerland der Umgebung wurde nach und nach mit Privathäusern überbaut, zu denen die alten Steine und Friesen verwendet wurden. Oberhalb der Westmauer des Tempelberges fand man die Reste einer grossen Basilika mit drei Apsiden, die als die Kirche St. Maria der Deutschritter identifiziert wurde. An diesen Bau schloss sich eine weite Festhalle und ein weiterer Bau, wahr-

scheinlich ein Hospiz und Krankenhaus für die Pilger. Diese Baulichkeiten sind noch ziemlich gut erhalten und werden jetzt restauriert. Sie wurden durch den Sultan Saladin im Jahre 1187 zerstört und von Friedrich II., der für zehn Jahre über Jerusalem gebot, neu errichtet.

Nunmehr werden auch die imposanten Stadtmauern, die Suliman der Prächtige im sechzehnten Jahrhundert, während der Herrschaft der Ottomanen, errichtete, von Müll und Geröll gereinigt. Sie umziehen noch heute die alte Stadt und fügen sich in ihrer ganzen Pracht ins Landschaftsbild. Beim Bau wurde der Stadtbereich wiederum erweitert. Ein Park wird ebenfalls rings um den Bezirk gelegt.

Viele Funde ergaben sich zufällig bei Bauarbeiten auf bereits besiedeltem Gelände oder Ausschachtung zu neuen Konstruktionen, wie zum Beispiel der Fund des Palastes aus herodianischer Zeit, über dem sich jetzt das armenische Seminar erhebt. Auch die Deutschritterkirche kam im Zuge einer Neuerrichtung zum Vorschein; ebenso die byzantinische Basilika aus der Zeit des Justinian, die beim Bau einer neuen Strasse entdeckt wurde. Natürlich wurden diese Arbeiten zugunsten der Altertumsforschung abgebrochen.

In diesem Zusammenhang stehen weitere Zufallsfunde, die helles Licht auf die Geschichte der Stadt werfen: Im Oberstock eines Baus aus dem sechsten Jahrhundert fand man einen goldenen Ring mit einer reliefartigen Ansicht des heiligen Grabes, einem mit einer Kuppel überwölbten Bau. Dies ist ein ausserordentlicher Fund, der den Forschern viele neue Anstösse bietet.

Zwei Kilometer nördlich der Altstadt wurde ein weiterer bemerkenswerter Fund gemacht: die Überreste eines vor etwa 2000 Jahren gekreuzigten Mannes, dessen Füsse noch zusammengeknagelt waren. Er lag in einem Felsengrab.

Diese Forschungsarbeiten gehen in streng wissenschaftlicher Weise vor sich. Eine Gruppe von Archäologen der israelischen Universitäten unter Beratung von Ingenieuren der Technischen Hochschule, Haifa, und ein Stab von Studenten und freiwilligen Helfern des In- und Auslandes sind gemeinsam daran beteiligt. Sie gefährden in keiner Weise auf dem Gelände bereits bestehende öffentliche und religiöse Gebäude anderer Religionen.

Es wurden neuerdings sowohl auf dem Berge Zion als auch in der westlichen Stadt Untersuchungen angestellt. Diese sollen sich demnächst auch auf den Berg Ophel, jenen Teil der Stadt, der ursprünglich zuerst von König David eingenommen worden war, ausdehnen. Natürlich erstrecken diese Forschungen sich stets auf vorläufig noch unbesiedeltes Gebiet. Da diese Stadt gleichzeitig eine ungeheuer wichtige Schatzkammer für die Antike als auch neuerdings eine sich schnell entwickelnde Grossstadt ist, ist es oft schwer, den widerstreitenden Interessen gerecht zu werden.

In der sogenannten «Davidsburg», jener Zitadelle, die Herodes errichtete und die den Kreuzrittern als Hauptquartier diente, ist ein grosses Museum im Entstehen, das die vielen, bei den Grabungen entdeckten Schätze beherbergen soll.

Hannah Petor

CARL LUDWIG VON HALLER UND DIE SUBSTANZ DES STAATES

«Eine Originalität, wie die von Hallersche,
ist immer eine merkwürdige Erscheinung...»

Hegel

Eine des öfteren beobachtete Erscheinung ist, dass in einer Epoche, die von der Auseinandersetzung zwischen zwei geschichtlich bedeutsamen Kräften geprägt wird, eine dritte Position als solche nicht beachtet wird, sondern einfach einer der beiden anderen subsummiert wird. Ist diese Position obendrein in einem langwindigen und skurrilen Buch enthalten, das von Lesern nicht gesucht wird, so mag das falsche Etikett an ihr haften bleiben und im konventionellen Wissen entsprechend weiter getragen werden. So jedenfalls ist es in der Geschichte der politischen Ideen dem Berner Patrizier und Professor Karl Ludwig von Haller (1768–1854) ergangen, der mit seiner sechsbändigen «Restauration der Staats-Wissenschaft» in einer Zeit hervortrat, da in wesentlichen Teilen Europas die bürgerlich-liberalen Kräfte gegen die letzten Wälle der absoluten Monarchie anrannten¹. Da er offensichtlich gegen jene stand, wurde er als Verteidiger des Absolutismus etikettiert, und diese Bezeichnung blieb an ihm und seinem Buch hängen. Sie tauchte auch in der NZZ auf, wo jüngstens zu lesen war, dass «Hegel sich scharf gegen jene Wiederherstellung absolutistischer Gewalt (wandte), die Karl Ludwig von Haller unter dem Titel «Restauration der Staatswissenschaft» propagiert hatte».

Nun hatte aber gerade Hegel sich aus einem ganz anderen Grunde mit grosser Heftigkeit gegen von Haller gewandt, dessen Buch ihm geradezu als

ein Angriff auf «die Substanz des Staates» erschien. Das falsche Etikett hatte bereits ein Zeitgenosse Hallers zurückgewiesen. Karl Ernst Jarcke (einer jener katholischen Konvertiten im Dienste Metternichs) hatte 1839 geschrieben:

«Das merkwürdigste Beispiel der falsarischen Seichtigkeit des wortführenden Liberalismus ist das, mit wenigen Ausnahmen fast unter allen Zeitgenossen verbreitete Urteil über Karl Ludwig von Haller. Sämtliche Politiker aller Kaffeehäuser Europas werden sich keinen Augenblick besinnen, auf die Frage über Hallers Lehre und Tendenz aus einem Munde zu antworten: Haller sei einer der entschiedensten Absolutisten, die jemals die Erde getragen ...

Wer sich dagegen die Mühe genommen, Hallers Restauration der Staatswissenschaften auch nur zu lesen, wird wissen, dass gerade er den Geist und Charakter der Germanischen Freiheit am tiefsinnigsten und consequentesten, vielleicht unter allen Schriftstellern die jemals gelebt haben, aufgefasst, und dass er gerade, im Gegensatz gegen jeden, auch den wohlthätigsten Absolutismus, einen Grad von Privatfreiheit als Grundlage seines Systems in Anspruch nimmt, von dem es zweifelhaft ist, ob die heutige Zeit fähig sein dürfte, ihn zu ertragen ...»².

In der Tat, von Haller ist ein Utopist, nur liegt sein Utopia nicht in der Zukunft, sondern in der Vergangenheit, in der Zeit des reinen Feudalismus, den er in einem verklärten Zustand vor Au-

gen hat. Er stellt sich somit in Gegensatz zu den beiden Mächten – der bürgerlichen Klasse und der absoluten Monarchie –, die in ihrem entscheidenden Kampf stehen.

In einer Berner Dissertation³ ist darauf hingewiesen worden, dass von Haller wie die Aufklärung die Vernunft als Wertmassstab eingesetzt habe. Der Romantiker Haller war ein rückwärts gewandter Aufklärer. Ihm schien nicht die Vergangenheit, sondern die Gegenwart auf einem Irrtum zu beruhen. Er wollte die Wurzel dieses Irrtums blosslegen, um die Gegenwart wieder zur Vernunft zu bringen. Die Gesellschaft sollte in ihren vernünftigen Naturzustand zurücktreten und «die Fiktion eines künstlichen Civilstaates» verlassen. Während um ihn herum die Kämpfe um das gingen, was Hegel das Zufällige an der Staatsgewalt nannte, wandte er sich gerade gegen das, was jenem als die Substanz derselben erschien. Während darum gekämpft wurde, wer über die Verwendung und Erhebung von Steuern entscheiden sollte, sah er in Steuern ein neumodisches Übel. Er verwarf das System der Steuern wie das des Militärdienstes. Fürsten hätten zwar immer das Recht gehabt, Krieg zu führen und dafür der Mittel bedurft, aber Subsidien zu bewilligen wäre Sache der Stände und jeder Dienst und Beistand Sache von Abmachungen gewesen. Das wahre Übel sah von Haller in der Idee eines Staatsherrn als Vertreter des allgemeinen Willens. Deswegen erschien ihm Louis XIV. schuldiger als die Revolution an den verwerflichen Zuständen der Zeit.

Während sich die zeitgenössischen Verfechter der absoluten Monarchie dem preussischen Staat zuwandten, der, noch in den Bahnen Friedrichs II. wan-

delnd, ihnen als ein Bollwerk gegen die Ansprüche des liberalen Bürgertums erschien, sah von Haller im friedrizianischen Preussen den «künstlichen Civilstaat» verwirklicht. Den Geist dieses Staates fand er in dem noch unter Friedrich redigierten Allgemeinen Landrecht, und Hegel vermerkte, dass er auf dieses besonders übel zu sprechen sei. Was nun von Haller diesem Gesetzbuch vorwarf, war im wesentlichen:

Dieses Gesetzbuch spricht in dunklen und zweideutigen Ausdrücken nur vom Staat und vom Chef des Staates sowie von den Dienern des Staates. Die Bürger besitzen nichts anderes als das, was der Staat ihnen lassen will oder als ihr Eigentum anerkennt. Ja nach den Ausdrücken des Gesetzes sind die preussischen Untertanen Leibeigene, denn sie können sich dem Zwang, dem Staat zu dienen, nicht entziehen. Die unschuldigste und gewöhnlichste Ausübung der natürlichsten privaten Freiheit ist der besonderen oder stillschweigenden Zustimmung des Staates unterworfen. So werden die Menschen nach den Absichten dieses Gesetzbuches Sklaven eines idealen öffentlichen Etablissements.

Die Stellung des Fürsten als Staatsherr erschien von Haller als Verirrung schlimmster Art, denn:

Die Fürsten sind nicht die Verwalter einer öffentlichen Angelegenheit, weder die ersten Diener des Staates noch die ersten Beamten des Volkes. Alle diese modernen Ausdrücke sind im Grunde synonym und entstammen einem revolutionären Geist ... Fürsten sollen persönliche Autorität besitzen aber keine absolute Autorität über Besitztum und Personen. Natürliche Staaten sind keine öffentlichen Institutionen für die Verteidigung der Rechte. Sie sind vielmehr un-

abhängige soziale Räume, unabhängige Beziehungen von Diensten und Gemeinschaften.

Indem von Haller die feudalistische Gesellschaft, in der – wie Marx es ausdrückte – die Souveränität nur «ein besonderer Stand war, der gewisse Privilegien hatte, aber ebenso sehr von den Privilegien der anderen Stände geniert wurde», zu seinem Ideal machte, setzte er sich jenem Prinzip der Staatssouveränität entgegen, das, wie bald darauf Alexis de Tocqueville nachwies, von der absoluten Monarchie geschaffen nun vom bürgerlichen Staat ausgebaut und erweitert wurde⁴.

Es kann daher kaum verwundern, dass Hegel, nachdem er dargelegt hatte «Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee», sich gleich im folgenden Paragraphen sowohl im Text als auch in einer ungewöhnlich langen Fussnote mit grösster Heftigkeit gegen von Haller wandte⁵. Denn:

«Solcher Einfall, das an und für sich Unendliche und Vernünftige im Staat zu übersehen ..., ist wohl nie so unvermischt aufgetreten, als in Herrn von Hallers Restauration der Staatswissenschaft, – unvermischt, denn in allen Versuchen, das Wesen des Staates zu fassen, wenn auch die Principien noch so einseitig oder oberflächlich sind, führt diese Absicht selbst, den Staat zu begreifen, Gedanken, allgemeine Bestimmungen mit sich; hier aber ist mit Bewusstseyn auf den vernünftigen Inhalt, der der Staat ist, und auf die Form des Gedankens nicht nur Verzicht gethan, sondern es wird gegen das Eine und gegen das Andere mit leidenschaftlicher Hitze gestürmt. ...»

Von Haller war in der Tat ausgezogen, um, wie er in seiner Einleitung schrieb, die Hydra der Revolution an

ihren Wurzeln zu vernichten. Da er sich als Gegenrevolutionär erklärte, stempelte ihn die politische Logik der Liberalen als Verteidiger des Absolutismus ab, doch zählte er Louis XIV., Friedrich II. und Joseph II. zu den Köpfen der Hydra. Letztendlich schuldig daran, dass der «künstliche Civilstaat» den «natürlichen Staat» mit seinen «unabhängigen sozialen Räumen» verdrängen konnte, waren aber nach seiner Auffassung «die Irrtümer der Philosophen». Der Hauptapostel der Staatssouveränität, dieser revolutionären Neuerung, aber war für von Haller niemand anderer als Thomas Hobbes gewesen, der ihr sogar die Kirche hatte unterwerfen wollen, so dass es weder etwas Wahres noch etwas Falsches, weder etwas Gerechtes noch etwas Ungerechtes geben könnte, das nicht vom Staat gemacht worden wäre, oder von ihm befohlen oder verboten würde. Die Etablierung eines solchen Systems aber müsste zu einer «unbegrenzten Césaro-Papie» führen.

In einer Epoche, die solche Césaro-Papie hat in die Wirklichkeit treten sehen, sollte von Haller – ein früher Warner – nicht unter einem falschen Etikett in der Ideengeschichte eingereiht bleiben, noch weiterhin – wie von seinen Zeitgenossen – als heillosen Romantiker und wütender Reaktionär abgetan werden. Gewiss, er verwies auf längst vergangene Vergangenheit. Die Zeit ist aber vorüber, da aus bürgerlichem Klasseninteresse dem Mittelalter die Bezeichnung «finster» angeheftet werden konnte. Die Forschungen der Bloch, Pirenne, Bosl usw. haben es unmöglich gemacht, im Mittelalter eine Unterbrechung des menschlichen Fortschrittes zu sehen und wie noch Jacob Burckhardt von einem Zeitalter zu spre-

chen, das unter einem «Schleier träumend oder halbwach» lag, einem Schleier «gewoben aus Glauben, Kindesbefangenheit und Wahn».

Von Haller hat das Mittelalter als Idealtypus dargestellt und idealisiert, dass er aber das richtige Gespür für die Zusammenhänge hatte, ist von der Geschichtsforschung bestätigt worden, nachdem sich diese – wie Bosl es ausdrückt – von der liberalen Polemik befreit hatte⁶.

Nun da die von Hallersche rückwärtsschauende Utopie seit langem nicht mehr der Sphäre der tagespolitischen Auseinandersetzung zugehört und in die Geschichte der Idee eingegangen ist, lässt sich erkennen, dass die Warnung, die er all dem gegenüber ausgesprochen hat, was nach Hegel die Substanz des Staates darstellt, nicht ohne Sinn war. Auch hat die Geschichtsforschung ihm insofern Absolution erteilt, als ihre Ergebnisse darauf hinweisen, wieviel modernes Demokratie- und Verfassungsverständnis dem Gemein-

schaftsbewusstsein der mittelalterlichen Stadt verdankt und wie berechtigt Rückgriffe auf Freiheitsbewusstsein, Arbeitsethos und genossenschaftliche Solidarität des Mittelalters sind⁷.

Henry Jacoby

¹Restauration der Staats-Wissenschaft oder Theorie des natürlich-geselligen Zustands; der Chimäre des künstlich-bürgerlichen entgegengesetzt. Bd. 1–6. Winterthur 1816–1834. – ²K. E. Jarcke, Vermischte Schriften. Bd. I, S. 133. München 1839. – ³Heinz Weilenmann, Untersuchungen zur Staatstheorie Carl Ludwig von Hallers – 1955. – ⁴L'ancien régime et la révolution. Paris 1856. – ⁵Naturrecht und Staatswissenschaft (1821), § 257 und § 258. – ⁶Karl Bosl, Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter. Stuttgart 1972. – ⁷Karl Bosl l. c. S. 306. – Siehe auch: Edith Ennen, Die europäische Stadt des Mittelalters. Göttingen 1972 und insbesondere die geistreiche Studie von Régine Pernoud «Pour en finir avec le Moyen Age», Paris 1977.

RÜCKBESINNUNG

Anmerkungen zur Kunst im Jahr 1977

Beim Jahreswechsel 1977/78 eher zurück- als vorausschauen heisst gewissermassen dem Zeitgeist Tribut leisten. Jedenfalls scheinen die bildenden Künste wenn nicht von Regression und Rezession, so doch von Rückbesinnung bestimmt, soweit solche Trendmeldungen überhaupt erlaubt sind. Für das Jahr 1977 als das Jahr der 6. documenta in Kassel müsste es leicht sein, verbindliche Aussagen zu machen – so

möchte man meinen. Aber gerade die Verbindlichkeit dieser Weltkunstausstellung wird von einzelnen Fachleuten bestritten, unter anderem mit dem Argument, sie habe im Vergleich zur 5. documenta 1972 nichts wesentlich Neues gebracht. Diese negative Aussage lässt sich immerhin auch so interpretieren, dass nach der stürmischen Entwicklung der sechziger Jahre nun eine ruhigere Gangart festzustellen ist. Das sei-

nerzeit eroberte Neuland wird jetzt kolonisiert.

Die d 6 segelte unter der Flagge eines Medienkonzepts, was einerseits die Frage nach neuen (neuen?) künstlerischen Medien bedeutete – Fotografie, Film, Fernsehen, Video –, andererseits die Frage, wie weit die verschiedenen Kunstgattungen ihre medialen Bedingungen thematisieren (wie es zum Beispiel der Fotorealismus tat, wenn er die Fotografie mit ihren Unschärfen usw. *malte*). Auch dazu sind Bedenken angemeldet worden; und vielleicht war es ein Glück, dass das Konzept nicht konsequent durchgehalten werden konnte. Nun, die zünftige Kritik hat die documenta und ihre Organisatoren jedenfalls nach Noten zerzaust, dies – wenn auch unbeabsichtigt – sehr zur Genugtuung all jener, für die die Kunst der letzten zwanzig Jahre insgesamt vom Übel ist und die sich jetzt sogar aus dem andern Lager bestätigt wähnten. (Wahrscheinlich müsste einmal grundsätzlich die Frage angegangen werden, welche vermittelnde Funktion reine Insider-Kritik in der Öffentlichkeit überhaupt noch haben kann.)

*

Es gab in Kassel eben doch auch Beindruckendes. Dazu zähle ich das, was unter den Begriffen «Archäologie des Humanen» und «Spurensicherung» zusammengefasst worden ist. Da gibt es zimmergrosse Modell-Landschaften mit aufgedeckten erdgeschichtlichen Entwicklungsschritten und zerfallenen Stadtanlagen (Charles Simonds; Anne und Patrick Poirier): eine Art phantastischer Ethnologie in dreidimensionalen Ausgrabungsplänen imaginärer

Zivilisationen. Natürlich ist da romantische Ruinenfaszination und Argwohn gegenüber dem Fortschritt im Spiel, aber es ist auch das Sich-Versenken in die Tiefen der Zeit spürbar, in die Tiefe der Geschichte der Menschheit, des Ichs. Die archäologischen Modellanlagen werden so zu Seelenlandschaften. Der Unterschied ist nicht grundsätzlicher Art, ob Bertholin Urzeit-Geräte neu erschafft, ob Paul-Armand Gette unter ironisch exaktem Einsatz wissenschaftlicher Methoden alle biologischen Phänomene eines banalen Landschaftsausschnitts registriert oder ob Anna Oppermann ihre von einem einfachen Gegenstand ausgehenden Assoziationen in Notizen, Zeichnungen, Fotografien über Jahre hin festhält und dieses Spurenmaterial zu einem Gedankenraum zusammenstellt. Archäologie im – weiten – Sinn von Erinnerung, Rückbesinnung, Aufsuchen und Festhalten von Vergehendem und Vergangenen ist die Umschreibung eines Zuges, der vielen, noch so verschiedenen, künstlerischen Arbeiten – nicht nur an der documenta – gemeinsam ist. Selbst die vieldiskutierte Kilometersonde ins Erdinnere von Walter de Maria erhält von hier aus – auch ohne Ausführung des Konzepts, wie mir scheint – einen Sinn.

Das dichteste Erlebnis in Kassel boten die Freilandplastiken, die mit dem Barock-Park der Karls-Aue zu einem stimmungserfüllten Ensemble verwuchsen. Der «Union Pass» von George Trakas etwa, ein 224 Meter langer Stahlsteg, der beim Begehen rhythmisch schwang und tönte, im Wald gekreuzt von einer 122 Meter langen Holzbrücke, die bedeutend spröder, aber auch archaischer wirkte und mit ihren letzten Pfeilern fragmentarisch in einem Flüsschen endete. Der Kreu-

zungspunkt war gesprengt worden: verbogene Stahlteile und zersplitterte Holzbalken erinnerten innerhalb der rhythmischen Konstruktion an Gewalt, Destruktion und Chaos. Oder Robert Morris, der unregelmässig gebrochene Felsstücke zu einfachen Zeichen aufreihete, denen in einiger Entfernung sorgfältig geschichtete Steinhäufen antworteten, so dass in kaum merklichem Übergang von Natur und Menschenwerk ein eindringlich spürbarer Raum definiert war.

Nicht nur Morris und Trakas, sondern eine ganze Reihe anderer Künstler reduzieren ihre Arbeiten fast völlig auf die Horizontale, auf Erdverformungen und Ausdehnungen, die nicht mehr von einem Standort aus absehbar sind, sondern die erfahren werden müssen. (In diesem Zusammenhang ist das Interesse jüngerer Bildhauer an Platzgestaltungen überhaupt zu sehen.) Die Abkehr von der senkrecht aufragenden Form ist in mancher Hinsicht bedenkenswert. Was historische Analogien betrifft, so war die Umgebung mit ihrer barocken Parkanlage aufschlussreich, deren System ja nur aus der Vogelschau zu übersehen ist, und von da gehen die Assoziationen zurück zu urgeschichtlichen Parallelen: zu den peruanischen Erdzeichnungen bei Trakas und anderen, zu Stonehenge bei Morris.

In der nahen Orangerie war als weiterer Schwerpunkt der documenta eine Ausstellung von Handzeichnungen untergebracht: über 200 Künstler mit einem Mehrfachen an Exponaten – für den Kassel-Touristen kaum mehr zu bewältigen und doch auch bei flüchtigem Durchschreiten faszinierend. Die Entstehungsdaten reichten bis in die fünfziger Jahre zurück; aber die Ausstellung selbst zu diesem Zeitpunkt ist

ein Zeichen, und auch der Gegensatz zu der in Kassel eher dürftigen Sektion Malerei ist eines. Es soll beileibe nicht die disparate Fülle auf einen Nenner gebracht werden. Dennoch: Zeichnung bedeutet weitgehend Rückzug auf kleineres Format, auf die privatere Notierung, auf das Vorläufige, sie bedeutet meist Verzicht auf Farbe, auf das Plakative, ist eher introvertiertes Selbstgespräch denn Appell nach aussen. Das Ich tritt nicht mit lauter und selbstbewusster Geste auf, sondern befragt sich und die Welt, erinnert sich; die den Stift führende Hand wird zum Seismographen auch leiser Erschütterungen.

*

Rückbesinnung – um den Begriff Archäologie doch nicht zu arg zu strapazieren – ist auch sonst eine Erscheinung des Kunstbetriebs in den letzten Jahren. Retrospektiven und Erinnerungsausstellungen gehören zwar zum üblichen Programm der Museen. Es ist aber doch auffällig, wie Vergessenes oder Verkanntes und Abgeschriebenes wieder an die Oberfläche gebracht wird, wie Urteile revidiert oder doch Materialien zur Neubeurteilung bereitgestellt werden. Besonders das vielgeschmähte 19. Jahrhundert wird sozusagen neu vermessen. Erinnert sei nur an die grandiose Basler Böcklin-Ausstellung und an deren Publikumserfolg. Aber auch die jüngere Vergangenheit wird ausgeleuchtet, etwa mit der Zürcher Ausstellung über die Kunst der dreissiger Jahre in Deutschland, und einer Art Ausgrabung kommt selbst die Präsentation zeitgenössischer Künstler aus der DDR in Kassel gleich: der sozialistische Realismus bedient sich dort offenbar noch weitgehend der Bildsprache von Corinth, Grosz und Ko-

koschka, thematisch bewegt er sich zwischen der «Huldigung an einen kraftvollen Menschentyp» und «antifaschistischer Denkmalplastik» (solche Zitate aus dem DDR-Kommentar stimmen nicht gerade optimistisch, selbst wenn da versichert wird, die dortige Kulturpolitik sichere «den Künsten den historisch jeweils optimalsten [!] Freiraum»). Festzuhalten ist, dass ein Künstler aus der Bundesrepublik und zum Beispiel einer aus Japan einander heute bedeutend näher stehen als Deutsche aus Ost und West.

*

Die Öffentlichkeit soll in der DDR weitgehend hinter ihren Künstlern stehen. Und bei uns? Täusche ich mich, oder ist das Publikum doch unduldsamer geworden? Solange materieller Überfluss herrschte und Aussicht auf noch mehr Überfluss bestand, liess man – so scheint es – den Künstlern ihre Narrenfreiheit und gestand ihnen einen Anteil am allgemeinen Wohlstand zu. Man war sogar bereit, Risiken einzugehen, und künstlerische Kritik an Einrichtungen der Gesellschaft nahm man mit einer gewissen Grosszügigkeit hin. Jetzt hat sich da einiges geändert. Wenn die materielle Sicherheit gefährdet ist, will man sich nicht auch noch durch die Kunst in Frage stellen, verunsichern lassen. Die Industrie dosiert ihr Mäzenatentum vorsichtiger. Als Beispiel mag die Segantini-Ausstellung dienen, die von der Stiftung Landis & Gyr in Auftrag gegeben, wegen der einseitig sozialkritischen Tendenz, welche die bearbeitenden Kunstgeschichtsstudenten hereinbrachten, aber zurückgewiesen worden ist. (Das hatte ja dann die groteske Konse-

quenz, dass zwei Segantini-Informationsausstellungen auf die Wanderschaft gingen: die von anderer Seite doch noch finanzierte «progressive» und die vom Schweizerischen Institut für Kunstwissenschaft zusammengestellte «objektivere».) Auch die politischen Behörden sind bei Ankäufen oder Aufträgen zurückhaltender geworden, da und dort desavouieren sie ihre entsprechenden Fachkommissionen – vor allem, wo der Mut fehlt, Entscheidungen zu delegieren. In der Tat haben sie Angriffe aus der Öffentlichkeit zu fürchten. Lieber über zehn Kilometer Autobahn entscheiden, als bestimmen, was Kunst ist, hat ein aargauischer Regierungsrat erklärt.

In der Praxis sieht es so aus: Die Gemeindeversammlung einer aargauischen Gemeinde hat durch Mehrheitsbeschluss den Betrag für künstlerischen Schmuck aus dem Voranschlag für ein neues Schulhaus gestrichen, bevor überhaupt ein Projekt vorlag. Die Plastik «La Fanfare» von Robert Müller, die jetzt als private Schenkung vor dem Zürcher Kunsthaus steht, war für ein Schulhaus in Langenthal projektiert; die Ausführung ist aber von der Lehrerschaft verhindert worden. Und wörtlich aus einer Agenturmeldung: «Der Gemeinderat in Herisau und die Direktion der Bodensee-Toggenburg-Bahn haben unter dem Druck der öffentlichen Meinung beschlossen, eine bereits in Auftrag gegebene Eisenplastik für den neugestalteten Herisauer Bahnhofplatz nicht ausführen zu lassen und den Auftrag an den Künstler (Walter Burger) zu annullieren.» Die Liste der Intoleranz liesse sich ohne grosse Mühe verlängern.

*

Kunst als das scheinbar Zweck- und Nutzlose, ja Luxuriöse wird bei Sparübungen am ehesten gestrichen. Aber das erklärt noch nicht die Intensität und Energie der Ablehnung. Was treibt zu parlamentarischen Vorstössen, zu Leserbrieffluten, zur Beschädigung oder Zerstörung von Kunstwerken? Kunst im öffentlichen Raum hat etwas Unausweichliches, man kann sie nicht ignorieren wie einen neuen Roman; sie steht da, fremd in bisher vertrauter Umgebung, darum verunsichernd, ein Ärgernis. Fremd ist sie ausserdem häufig auch deshalb, weil sie nicht dem aus der Tradition abgeleiteten Kunstbegriff entspricht: man «versteht» sie nicht. Und den Verständnishilfen und Gebrauchsanweisungen der sogenannten Intellektuellen gegenüber ist man erst recht misstrauisch. Ist Kunst, die einer Erklärung bedarf, schon deswegen weniger gut? Dazu wäre zu überlegen, ob Kunst, soweit sie nicht nur Dekoration und Genussmittel ist, sondern Stellungnahme zur aktuellen Wirklichkeit und Reflex auf eine täglich komplexer und komplizierter werdende Umwelt, nicht ebenso wie diese der Einübung, meinetwegen der Gebrauchsanweisung bedarf.

Ein konkretes Beispiel lässt noch einen weiteren Grund vehementer Kunstgegnerschaft vermuten. Die grellfarbige Kunststoffplastik Michael Grosserts bei der Heuwaage in Basel ist vor einiger Zeit nächtlicherweile mit Teerfarbe und Invektiven verschmiert worden – Höhepunkt einer Polemik, die von einer Basler Galerie kürzlich zu einer Dokumentation des «Falles Heuwaage» zusammengefasst worden ist. Gewiss: die bizarren, halb organischen, halb geometrischen Formen spriessen wie fremdartige Pilze aus dem Boden – aber was anderes soll aus diesem Bo-

den noch wachsen und sich behaupten können? Man sehe sich die Situation an: monotone Rasterarchitektur, fensterlose Warenhausfassade, Reklameschriften, Strassengewirr, Viadukt, Asphalt, Beton, Blech. *Dagegen* müsste sich doch Protest erheben: *hier* wird Lebensraum verunstaltet, *hier* ist der Mensch bedroht. Grossert hat eine Art Mahnmal in eine durchfunktionalisierte, entmenslichte Umgebung gesetzt, ein bisschen aggressiv vielleicht, aber auch spielerisch befreiend. Sind Vandalenakte gegen solche Kunstwerke nicht allenfalls Bürgerinitiativen am untauglichen Objekt, Ventil angestauten Unmuts über anderes, aus dem Gefühl der Ohnmacht und der Fremdheit der Welt gegenüber resultierende Machtdemonstrationen dort, wo sie noch möglich scheinen?

*

Basel hat nicht nur seinen Böcklin oder seinen Grossert, sondern auch seinen Beuys. Seit 1969 beschäftigt sich das Kunstmuseum mit Joseph Beuys; im vergangenen Frühjahr hat es eine Kollektion von über 300 Zeichnungen des ehemaligen Professors in Düsseldorf ausgestellt. Von Kassel bis New York, von Venedig bis Dublin irritiert und fasziniert dieser «Schamane» mit seinem Rückgriff auf vorrationale Bilder einer privaten Mythologie und mit seiner ausgesprochen humanen Weltanschauung. In Basel tat man sich schwer mit dem neusten Beuys-Ankauf der Kunstkommission. Die «Feuerstätte» passte bei vielen nicht mehr in ihre Vorstellung von Kunst, und noch mehr Anstoss erregte der Preis von 300 000 Franken, der zur Hälfte aus öffentlichen Geldern bezahlt wurde. Das sind aller-

dings zwei verschiedene Aspekte. Das Environment aus Eisen- und Kupferstäben, Filzrollen und einem alten Holzkarren ist im Kontext des Gesamtwerks dieses Künstlers zweifellos bedeutsam und darf angesichts der Ausstrahlung von Beuys durchaus als *ein* «Leitfossil» für das künstlerische Schaffen unserer Zeit gelten: Kindheitserinnerung als private Archäologie wird analogisch verbunden mit der Urgeschichte des Menschen (Feuerstätte), der Materie (Elemente) und des Denkens (Primzahlen als Ordnungsprinzip). Die Gedankenverbindungen zwischen dem Symbolgehalt der einzelnen Objekte sind Uneingeweihten freilich nicht ohne weiteres einsichtig – das spricht nicht unbedingt gegen das Werk, müsste aber das Museum verpflichten, den Besucher mittels eines Kommentars «einzuweihen», dessen Sprache nicht ihrerseits wieder Verständnisbarrieren errichtet. Dies vorausgesetzt, scheint mir der Ankauf für ein öffentliches Museum gerechtfertigt. Ein anderes ist, wie gesagt, der Preis: er bleibt ärgerlich auch deshalb, weil er von Kunsthandels-Spekulanten diktiert wird und weil dies die weltanschaulichen Absichten und Äusserungen von Beuys auf peinliche Weise kompromittiert.

*

Ein für die Schweiz einzigartiges Kunst-Institut ist das Seedamm-Kulturzentrum der Charles Vögele AG in Pfäffi-

kon. Ein privates Unternehmen, das ähnlich grossformatige Aufgaben übernimmt wie staatliche Kunsthäuser und das neue Publikumsschichten der Kunst zuführen will, verdient grundsätzlich Bewunderung und Zustimmung. Ernüchternd wirkt dann allerdings der Blick auf das bisherige Ausstellungsprogramm, das von Erni über Bill zu Carigiet reicht, also die nationalen Aushängeschilder für sich beansprucht, das ohnehin Populäre und leicht Zugängliche pflegt und so dem erstaunlichen Elan des unkonventionellen Projekts eine konservative, risikolos im Gesicherten bleibende Durchführung folgen lässt.

Noch ein Wort zu Alois Carigiet, zu dessen 75. Geburtstag die Seedamm-Ausstellung veranstaltet worden ist und der unstreitig seine Verdienste um das Kinderbuch und um die Schweizer Graphik und Malerei hat. In einer früheren Galerie-Ausstellung dieses Künstlers gab es Lithographien zum Preis von Fr. 800.– bei einer Auflage von 250 Exemplaren. Das macht für ein einzelnes Kunstwerk, und sei es auch multipliziert, beim Verkauf der ganzen Auflage, womit offenbar zu rechnen ist, die runde Summe von 200 000 Franken. Das mag auch im Zusammenhang mit der Basler Beuys-Diskussion von Interesse sein. Das Seedamm-Publikum habe, so ein Zeitungsbericht, Alois Carigiet mit «spontanen Ovationen» gefeiert.

Uli Däster